



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Keine Kürzungen an Bayerns industrieller Zukunft – Grüne H₂-Produktion vor Ort steigern
(Kap. 07 05 Tit. 893 74)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 05 (Energiewirtschaft und Landesentwicklung) wird der Ansatz im Tit. 893 74 (Zuschüsse für die Errichtung von Elektrolyse-Wasserstoffproduktions-Infrastruktur in Bayern) für das Jahr 2026 von 29.588,2 Tsd. Euro um 10.000 Tsd. Euro auf 39.588,2 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 07 05 (Energiewirtschaft und Landesentwicklung) wird der Ansatz im Tit. 893 74 (Zuschüsse für die Errichtung von Elektrolyse-Wasserstoffproduktions-Infrastruktur in Bayern) für das Jahr 2027 von 21.812,2 Tsd. Euro um 20.000 Tsd. Euro auf 41.812,2 Tsd. Euro erhöht.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2026 von 30.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2027 von 30.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Begründung:

Die Transformation zur Klimaneutralität stellt Bayerns Wirtschaft, insbesondere die energieintensive Industrie, vor enorme Herausforderungen. Beispielsweise zeigt die Trans4In-Studie zur Energietransformation im bayerischen Chemiedreieck deutlich: Der Energiebedarf wird sich bis 2050 nahezu verdoppeln, wobei grüner Wasserstoff unverzichtbar für die Dekarbonisierung chemischer Prozesse oder auch als Grundstoff für klimaneutrale Produkte z. B. von synthetischen Brennstoffen wie Sustainable Aviation Fuel (SAF) oder grünem Methanol, wird. Elektrolyseure sind dabei nicht nur Produktionsanlagen, sondern wichtige Stabilisatoren für das Stromnetz, die flexibel auf Überangebote erneuerbarer Energien reagieren und Netzengpässe vermeiden können. Eine Vor-Ort-Produktion von grünem Wasserstoff reduziert zudem die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten und geopolitischen Risiken und sichert die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie. Die beantragten Mittelерhöhungen stellen daher eine absolut notwendige Investition in Bayerns industrielle Zukunft und den Erhalt hochwertiger Industriearbeitsplätze dar – gerade auch im bayerischen Chemiedreieck.